



**Deutschland.**  
☐ Berlin, 11. Februar. Die Zweite Kam-  
 mer beschäftigt und heut wiederum, und wiederum ist

eine weitere Entwicklung eines krankhaften, von  
Wankungen bewegten Zustandes, die wir geben müssen.  
waren wir und die Wühe, Schritt vor Schritt der  
hatte zu folgen: wenden wir uns zugleich zu ihrem  
Festpunkte. Diefen erreichte Sie bei dem sieben und  
zigften Paragraphe des Weichhülligen Gemeinde-  
ordnung. Hier kam es zur Frage, ob der Ge-

in der Vorlesung ein Christ sein sollte oder nicht? Der katholische Abgeordnete für Gelnhausen, Reichensperger, war es, welcher die Veranstaltung derselben unternahm. Er sagte Nein: und seine Gründe waren so schlicht wie diese Antwort. Er will nicht, den christlichen Staat nicht, weil dies der angestrebte sein würde: er will die Juden von

Teilnahme an der Gemeinde - Obrigkeit nicht  
geschlossen seien, weil sie, wie die Katholiken,  
eine Minorität seien und - „alle Mi-  
noren sind solidarisch verbunden.“ er will die Rechte  
Juden wahren, wie man die Rechte der Standesherrn  
wahrt hat, und was gegen die Juden angeführt  
werde, müsse auf den Grund und die Unwissenheit der

... sie zu erwarten stand, folgten diesem traurigen  
kenntniß Proteste aus dem Schooße der katholischen  
Action, Proteste der Herren von Mallinckrodt und  
viessien, die offen erklärten, alle Solidarität mit dem  
n Behörden ablehnen zu müssen: sie würden nur darum

Mein stimmen, weil ihnen die Verfassung das zu bieten schiene. Herr Reichensperger ist dadurch eine gewisse Einsamkeit innerhalb seiner eigenen Partei erlitten, und es wird die ganze politische Lebenswürde des Herrn von Vinde dazu gehören, um ihm diese Stellung weniger fühlbar zu machen. Wir andererseits haben schon in Berücksichtigung auf diese Iso-

...Anlaß, an diesem Orte jede Polemik über den  
angelsächsischen und über den christlichen Staat von und  
zu werfen, und können und völlig dem Proteste aus-  
schießen, durch welchen die genannten Katholiken eine  
Einschätzung verurtheilen, die in drei wesentlichen Punkten  
selbst gegen die deutlichen Lehren der katholischen  
Kirche gerichtet ist. Wir werden dies näher

Se. Erlaucht der Oberst-Kämmerer und Minister des hohen Königl. Hauses, General-Lieutenant Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode ist bedenklich erkrankt. Der erlauchte Graf hatte sich vor einiger Zeit ein Schienbein verlegt, die Wunde trat hinzu, doch begte

an keine weiteren Verurtheilungen, bis ein gastlich-herzliches Fieber den Zustand sehr verschlimmere.

— Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich und Se. Durchlaucht der Prinz Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg sind Beide von Gotha hier angekommen.

— Der Ober-Regierungs- und Provinz-Rath Herr

— Der Kaiserlich Russische Gesandte am Königl. Hofe Baron v. Budberg ist erst heute von Wien wieder hier eingetroffen.

— Der Gebirgsherr in der Kurmark Brandenburg von Graevenitz ist nach Duerk, und der Herzoglich Sachsen-Roburg-Weisfahische Kammerherr von Schellha

— Der erste Gesandtschafts-Secretair bei der Großbritannischen Gesandtschaft in St. Petersburg, Lord Rapier, der sich in London auf Urlaub befand, hat sich vor einigen Tagen über Berlin nach St. Petersburg

— Auf den Antrag des Ministers der geistlichen s. anstalten ist Alteshöchsten Orts zum Besten des kaiserlichen Diaconissenhauses Bethanien die Abhaltung einer Collette in den evangelischen Kirchen der Provinz

Brandenburg, einschließlich der Hauptstadt Berlin, bewilligt worden.

— Für die mit Beginn des Frühjahrs abzuhaltenen Allgemeinen Kirchen-Visitationen sind zunächst, wie wir vernehmen, in der Provinz Sachsen der Kreis Magdeburg, in Schlesien der Kreis Kirchberg bestimmt.

— Die Staats-Regierung wird von den Rammern

in dem Staatsbaupolizeig-Gesetz die Genehmigung für die Summe von 13,147 Thlr. 15 Sgr. zur Verbesserung der Lehrerbefoldungen in den Regierungen, Bezirken Posen, Bromberg, Stettin, Köslin, Pommern, Münster, Minden, Koblenz, Düsseldorf und Aachen veranlassen, und motivirt diese Forderung in folgender Weise: „Der Unterricht wird in Preussens Schulen durch

gründet sich auf folgende Tatsachen. Es ist anzuerkennen, daß eine nicht geringe Anzahl von Eisenwerkstätten unter den seit ihrer Gründung veränderten Umständen ihren Inhabern kein ausreichendes Einkommen gewährt. Die den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechende Verbesserung

aufgehoben worden, daß dem Unterrichtsweisen überhaupt eine neue gesetzliche Regulirung bevorstehe. Für die hier in Rede stehende Angelegenheit hat sich indeffen, nach näherer Erwägung, eine neue Gesetzgebung als

erfordert; es ergibt sich vielmehr die Aufgabe, die in der  
 Hinsicht auf die weite Unterhaltung der Elementar-Schulen  
 bestehenden geordneten Bestimmungen ausdehnen und  
 Anhalt, die Verbesserung der Lehrer-Besoldungen, wo  
 solche erforderlich ist, in ausreichendem Maße herbeizuführen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Circu-  
 lar-Bescheidung vom 6. März 1852 erlassen worden.

Diefele ordnet eine neue Regulirung aller derjenigen Lehrer-Befolgungen an, welche nach dem Grueffen der Provinzial-Regierungen als ausreichend nicht angesehen werden können. Wegen der Aufbringung des erforderlichen Mehrbedarfs ist überall zunächst auf die zur Unterhaltung der Schulen eigentlich Verpflichteten zurückzugehen. Erst, wenn deren Unvermögen hierau noch seßelasten

Normen überzeugend nachgewiesen ist, sind Anträge auf  
Veränderung von Zustüssen auf allgemeinen Staats-  
entscheidungs zulässig. Eigentümliche Local-Verhältnisse und  
Schwierigkeiten haben es verhindert, daß alle Regierun-  
gen bis zur Mitte des Jahres 1853 schon gleichmäßig  
mit dem Regulirungsgesetz vorgedrungen waren. Die  
kia hatte in dem Bereich von 6 Regierungen beson-

Die nicht in Geld veranschlagten neu bewilligten Naturalleistungen, aufgebracht. Zu gleichem Zwecke sind aber zur Ergänzung des von den Verpflichteten nicht auf-

zubringenden Wehrbedarfs Zuschüsse zu dem angeführten Betrage beantragt. Diese Zuschüsse sind nach gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung bemessen, und bedarf der











